

Beschlussvorlage für die BAG Energie

Raus aus der Carbon Bubble – bevor sie platzt!

Als „Carbon Bubble“ oder Kohlenstoffblase wird die Überbewertung fossiler Ressourcen an der Börse bzw. den Finanzmärkten bezeichnet. Diese resultiert im Wesentlichen aus der Fortschreibung des bisherigen Wirtschaftsmodells des ressourcenintensiven Wachstums auf Kosten der Umwelt. Gerade die großen Rohstoffkonzerne und exportabhängige Staaten haben großes Interesse daran, möglichst hoch bewertete Reserven in ihrem Portfolio zu haben. Denn das bestimmt maßgeblich die theoretischen zukünftigen Gewinne und damit sowohl Börsenwert als auch Kreditwürdigkeit. Kein Wunder also, dass der Großteil der Investitionen der Konzerne in die Suche und Erschließung immer neuer Felder fließen.

Dabei steht die Welt vor einem Dilemma: Bereits bei vollständiger Förderung und Verbrennung der *bekannt*en fossiler Reserven würden rund 3000 Gigatonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre freigesetzt. Um das 2-Grad-Limit nicht zu überschreiten, dürfen aber bis 2050 – je nach Schätzung – maximal nur weitere 565 – 886 Gigatonnen CO₂ in die Atmosphäre entlassen werden. Das bedeutet also, dass mindestens zwei Drittel der bekannten Reserven genau da verbleiben müssen wo sie jetzt sind: unter der Erde. Sie dürfen nicht gefördert und verbrannt werden. Das ist eine klimapolitische und ethische Maßgabe. Doch sie steht den wirtschaftlichen Interessen von Konzernen und Staaten diametral gegenüber, denn damit müssten diese nicht förderbaren Reserven – das „unburnable carbon“ – automatisch mit dem Wert Null bewertet werden. McKinsey und der Carbon Trust schätzen, dass der Firmenwert der Öl- und Gaskonzerne dadurch um ca. 30 – 40 % sinken würde.

Spätestens seit dem aufsehenerregenden Bericht von Nicolas Stern ist der Klimawandel kein bloßes Umweltthema mehr, sondern auch Analysten befassen sich mit den Folgen. Allerdings ist bei vielen institutionellen Investoren wie Banken, Versicherungen und Pensionsfonds dieses Wissen noch nicht in die Anlagestrategie aufgenommen worden.

Eine von der European Green Foundation beauftragten Studie zeigt auf, dass europäische Banken, Versicherungen und Pensionsfonds teils erhebliche Anteile an Aktien, Anleihen und anderen Vermögenswerten von Rohstoffkonzernen halten; in der Summe ca. 1 Billion Euro. Sollte es zu einer konsequenten Klimapolitik und einem (auch nur teilweisen) Einhalten der CO₂-Grenzen kommen, sind diese Konzerne überbewertet, Aktienkurse sinken, Dividenden bleiben aus. Hier drohen folglich Milliardenverluste, die im Zweifelsfall die Allgemeinheit schultern muss. Die Studie untersuchte drei Szenarien und stellte dabei fest, dass eine radikale Umkehr der Investitionen, weg von den fossilen Ressourcen - das sog. „Divestment“ – wirtschaftlich das Klügste wäre. Denn auch, wenn bei einer schnellen Wandlung zu einer CO₂-armen Wirtschaft europäischen Banken, Versicherungen und Pensionsfonds Verluste in Höhe von 350-400 Mrd. Euro entstünden, wären die Auswirkungen der Alternativszenarien noch schlimmer. Einerseits inkonsequente Klimapolitik: Eine zaghafte Transformation, auch wenn die Emissionen letztendlich innerhalb des Kohlenstoffbudgets bleiben, verlief langsam und ohne klare Zielsetzung. Dadurch würden die Verluste in der Summe erhöht, da fossile Brennstoffunternehmen weiterhin große Fehlinvestitionen tätigen würden, um neue Reserven zu erschließen. Andererseits eine Renaissance der Fossilen: Die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels würden zu riesigen Verluste für die gesamte Volkswirtschaft und damit auch für Finanzinstitute und Pensionsfonds führen. Versicherungen sind durch die enormen Entschädigungsleistungen am stärksten betroffen.

Es ist also eindeutig: Divestment, das Herausziehen von Kapital aus fossilen Anlagen, ist nicht nur aus ethischen Gründen geboten, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Dies haben bisher einzelne Akteure, von der „Institutional Investors Group on Climate Change“ bis hin zum Weltkirchen-

Beschlussvorlage für die BAG Energie

rat, auch schon erkannt, die meisten jedoch verharren in alten Denkschemata. Banken, Versicherungen und Pensionsfonds, die den Klimawandel nicht in ihre Anlagestrategie einbeziehen, riskieren das Geld der kleinen Sparer und somit das Rückgrat einer stabilen Volkswirtschaft. Durch ihre Investitionen wetten sie auf die Unfähigkeit von Politik und Gesellschaft, die Bekämpfung des Klimawandels wirksam anzugehen. Damit spekulieren sie in einem Spiel, das niemand gewinnen kann.

Die BAG Energie fordert daher:

- Öffentliche oder durch öffentliche Mittel unterstützte Institutionen und Firmen (Landesbanken und Sparkassen, Stiftungen, landeseigene Betriebe, Kranken- und Rentenversicherungen, Stadtwerke etc.) müssen unser Geld aus fossilen Anlagen herausziehen (**aktives Divestment**).
- Anlegerinnen und Anleger müssen selbst entscheiden können, ob sie in fossile Anlagen investieren wollen oder nicht, da diese ein erhebliches wirtschaftliches Risiko und eine ethischen Last darstellen. Deshalb brauchen wir **absolute Transparenz** bei Fonds, Versicherungen und Pensionskassen.
- Die Einflüsse des Klimawandels auf die Sicherheit von Anlagen müssen als Kriterium zur Beurteilung des Systemrisikos in die nationale und europäische **Bankenüberwachung** sowie ins BASEL-Regelwerk aufgenommen werden.
- Die **Förderpolitik der Bundesrepublik** muss dringend und sofort geändert werden. Die KfW muss Bürgschaften und Darlehen für fossile Investitionen im In- und Ausland aus ihrem Angebot streichen. Es darf keine Hermes-Exportgarantien für nicht ökologisch nachhaltige Projekte mehr geben.

Wir appellieren an alle GRÜNEN Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für ein schnellstmögliches Divestment auf kommunaler, Landes-, Bundes- und europäischer Ebene einzusetzen.

Jedes einzelne GRÜNE Mitglied kann sein/ihr Interesse an einer fossilfreien Investition seines/ihres Geldes bei Hausbank und Versicherung geltend machen und im Zweifelsfall den Anbieter wechseln.